

zum Beispiel zur Krise des Finanzmarkts

Ursachen – Vertuschung – das Zahlen der Zeche

Die Massenmedien und die meisten »Intelligenzblätter« haben jahrelang für die neoliberale Freiheit der Märkte getrommelt. Jetzt helfen sie den Regierungsparteien und der Wirtschaftselite, die Ursachen zu vernebeln, Verantwortung zu vertuschen, den Amerikanern die Schuld zuzuschieben, die Schäden für das Land klein zu reden und die Kosten der Krise dem Steuerzahler aufzudrücken. Die »nachdenkseiten« halten mit FAKTEN dagegen und stiften zum Nachdenken an.

Wussten Sie zum Beispiel,

- dass CDU, CSU und SPD in ihrer Koalitionsvereinbarung von 2005 (Abschnitt II 3, s. google) die **Deregulierung der Finanzmärkte** weiter vorantreiben wollten und dies auch getan haben?

www.nachdenkseiten.de vom 10.8.08 (Rubrik Kapitalmarkt), Hinweise vom 30.6.09

- dass Josef Ackermann und Kollegen bereits **2003** dem Bundeskanzler und dem Bundesfinanzminister vorgeschlagen haben, die damals schon in dramatischer Größenordnung vorhandenen faulen Kredite der privaten Banken in eine **BadBank** auszulagern? Sie sollte vom Staat garantiert werden. Das wurde damals entrüstet dementiert, tatsächlich aber bereits auf den Weg gebracht. Jetzt steht es offiziell und ungeniert im Bundesgesetzblatt: Der Steuerzahler soll für die Spekulationen bezahlen.

www.nachdenkseiten.de vom 19.11.08 und vom 15.7.09 / Handelsblatt 2003

Hätten Sie es für möglich gehalten,

- dass der Bundestag mit den Stimmen von CDU, CSU, SPD, FDP und Grünen nicht nur Garantien in Höhe von bis zu 480 Mrd. Euro für die so genannte »Bankenrettung« frei gibt, sondern sogar darauf verzichtet, über die Verwendung der Steuergelder informiert zu werden, geschweige denn, darüber zu bestimmen, wie es das Grundgesetz verlangt?

www.nachdenkseiten.de, Hinweise vom 22.5.2009 Nr. 1 + 2 2 / ARD PlusMinus

Haben Sie gelesen,

dass Sie soeben als Steuerzahler den Allianz-Aktionären eine **Rekord-Dividende** bescheren, nachdem die Bundesregierung der Allianz AG für ihre Pleitebank Dresdner Bank 5,1 Mrd. Euro (über eine Subventionierung der Commerzbank in Höhe von 18 Mrd.Euro) bezahlt hat?

- www.nachdenkseiten.de, vom 12.1.09 (Rubrik Finanzkrise)

- www.financial.de, vom 26.2.09

Glauben Sie,

dass die Bundesregierung die von ihr propagierte »**Zähmung der Finanzmärkte**« ernsthaft betreibt? **Tatsächlich geht es weiter wie gehabt.** Weiter dürfen die Banken mit ihren »Zweckgesellschaften« in **Steueroasen** spekulieren. Sie dürfen weiterhin Werten über künftige Kursentwicklungen abschließen, undurchsichtige Forderungen bündeln, »verbriefen« und verkaufen. Finanzinvestoren bleibt es erlaubt, mit Bankkrediten Unternehmen aufzukaufen, ihnen die Kreditkosten aufzubürden, die stillen Reserven

mitzunehmen und die Veräußerungsgewinne steuerfrei zu kassieren. Von seriösen höheren Eigenkapitalquoten bleiben die Banken verschont. Und ob die Banken mit den bis zu 480 Mrd. Steuergeld die Wirtschaft mit den nötigen und fairen Krediten versorgen, hat die Regierung ihnen überlassen. In den USA und in Großbritannien kann der Staat immerhin in die Geschäftspolitik der Banken eingreifen.

*www.nachdenkseiten.de vom 14.5.09
(Rubrik »Finanzkrise«)*

Was hat das mit Ihnen zu tun?

Am Zahltag – der liegt nach dem Wahltag – wird die Mehrheit der Bevölkerung zur Kasse gebeten werden, als Steuerzahler und als Mitglieder der Krankenversicherung, der Rentenversicherung, als Eltern, die ordentliche Schulen und Kitas für ihre Kinder erwarten, als Jugendliche, die sich an den Hochschulen qualifizieren wollen. Überall wird es heißen: Gemeinsam zusammenstehen durch **»Sparen – Sparen – Sparen!«**

Das kann nicht gut gehen, denn in allen wichtigen Zukunftsaufgaben, insbesondere bei den Investitionen in Bildung und Wissenschaft, ist Deutschland in den letzten zehn Jahren weltweit bereits deutlich zurückgefallen – dank seiner einseitigen Exportförderung, der Niedriglöhne, der

Umverteilung von unten nach oben und der gigantischen Steuergeschenke für jene, die damit nicht etwa Leistungen erbracht, sondern die Finanzmärkte angeheizt haben.

www.nachdenkseiten.de, Hinweise vom 26.6.09 Nr.17

Doch es geht nicht nur um den Abbau staatlicher Leistungen: **Wie sicher ist Ihr Arbeitsplatz** oder ihre Chance auf einen Berufseinstieg? Alle Wirtschaftsinstitute sehen als Folge der Finanzmarktkrise einen **weiteren Anstieg der Arbeitslosigkeit** voraus und sog. »Experten« fordern eine weitere Senkung der Arbeitskosten.

*www.nachdenkseiten.de, Hinweise vom 20.7.2009 Nr.6,
vom 17.7.2009 Nr.1*

Wir verlangen von den Verantwortlichen, dass sie ihre Fehlentscheidungen eingestehen und die Lasten der Krise denen aufbürden, die von dem Abenteuer »Finanzplatz Deutschland« profitiert haben..

In den Rubriken der Nachdenkseiten finden Sie Informationen und Beiträge zu Ihren Stichworten (z.B. zu »Kapitalmarkt« oder »Finanzkrise«). Und dazu die aktuellen Medienberichte des Tages

„Die Rente ist sicher!“ – Halten auch Sie das für eine Lüge?

Das sollten Sie nicht, denn Norbert Blüm hat Recht. In Deutschland wollen Politiker, Arbeitgeber und „Wissenschaftler“ den Sozialstaat zerstören: Deutschland wäre im globalen Wettbewerb nicht konkurrenzfähig, denn hier sind Löhne, Lohnzusatzkosten, Steuern zu hoch, Flexibilität, Mobilität und Anreize zur Arbeitsaufnahme zu gering, Kündigungsschutz zu fix... Kurz: Deutschland braucht Reformen! (Dabei ist Deutschland seit Jahren Exportweltmeister...)

Quelle: Norbert Blüm in den NachDenkSeiten am 09.03.2009

Warum wird Ihnen erzählt, die gesetzliche Rente sei nicht mehr sicher?

Zum einen sparen die Arbeitgeber Lohnzusatzkosten. Zum anderen verdient die Finanzbranche an jedem Vorsorgevertrag. Um mehr Verträge verkaufen zu können, musste erst das Vertrauen in die gesetzliche Rente zerstört werden. Geschafft! Heute haben viele Menschen Angst vor Altersarmut und wollen privat vorsorgen. Politiker und Arbeitgeber loben das als „gestiegene Eigenverantwortung“, aber für Sie wird es teuer: Die Beiträge z.B. für die Riesen-Rente bezahlen Sie allein von ihrem Nettogehalt.

Quelle: NachDenkSeiten am 17.04.2008

Die häufigsten Argumente für mehr Privatvorsorge lauten, dass

- immer weniger Beitragszahler für immer mehr Rentner aufkommen müssen,
- die eingezahlten Beiträge nicht mehr reichen, um das Rentenniveau zu halten,
- es zu wenig Kinder gibt - die Alterspyramide steht Kopf,
- wir immer älter werden, weswegen wir länger arbeiten müssen.

Quelle: NachDenkSeiten am 20.03.2008 und 07.04.2008

Was sind die mit Privatvorsorge verbundenen Probleme?

In den USA, England oder Chile sparen die Menschen längst privat fürs Alter, trotzdem herrscht dort große Altersarmut! Private Pensionsfonds haben in 2008 laut OECD 23 % ihres Investitionswertes verloren (= 5,4 Billionen US-Dollar). Privatvorsorge ist also keinesfalls sicher!

Quelle: NachDenkSeiten am 16.02.2009 unter Berufung auf einen FAZ-Artikel

Die Privatvorsorge a la USA hat Pensions- und Versicherungsfonds zu den größten Anlegern am Kapitalmarkt gemacht. Diese Institutionen üben großen Druck auf Unternehmen aus, damit die eine „angemessene“ Rendite erwirtschaften. Folge: steigender Kostendruck. Darunter leiden Arbeitnehmer, Zulieferer, Umwelt und Staat.

Quelle: NDS am 28.10.2008 (Übersetzung eines Artikels aus „Le Monde“)

Die Rentner haben ihr ganzes Leben lang gearbeitet, eingezahlt und sich auf die Rente verlassen. Heute verbreiten Politiker und Medien, Ältere lebten auf Kosten der Jüngeren. Bei Rentnern führt das zu Existenzängsten. Im schlimmsten Fall drohen gewalttätige Übergriffe gegen die vermeintlichen „Schmarotzer“.

Quelle: NachDenkSeiten am 14. und 30.04.2008

Politiker und Lobbyisten wollen eine Erhöhung des Renteneintrittsalters durchsetzen, was auf eine Kürzung der Renten heraus läuft. Fakt ist:

- dass nicht nur körperlich anspruchsvolle Berufe nicht bis zur Rente ausgeübt werden können,
- trotz Kurzarbeit und sonstiger Statistikverschönerungen heute schon fast 5 Mio. Menschen arbeitslos sind,

- die staatlich subventionierte Praxis der „Frühverrentung“ dazu im völligen Gegensatz steht,
- nur rund 10 % aller Menschen bis zur Rente arbeiten können und
- Prognosen über die Höhe einem Blick in die Kristallkugel entsprechen. Oder wissen Sie, was in 10 Jahren ist?

Bei der umlagefinanzierten Rente entstehen **Verwaltungsgebühren** in Höhe von 4 % der Beiträge. Bei Banken und Versicherungen steigt dieser Anteil u.a. wegen hoher Gehälter, Boni und Prestige-Büros auf bis zu 40 %!

Quelle: NachDenkSeiten am 20.08.2008, Nr.1 unter Berufung auf einen Artikel der „Welt“

Das wahre Problem in Deutschland besteht nicht zwischen Jung und Alt, sondern zwischen Arm und Reich!

In den letzten 10 Jahren haben die Arbeitnehmer hohe Gewinne erwirtschaftet, aber die Realeinkommen stagnieren. In 2000 gehörten 62 % der Bevölkerung zur Mittelschicht; in 2006 waren es nur noch 54 % (DIW, Nr. 10/2008). 2007 hatten rund 27 % der Deutschen kein Vermögen, dafür besaß ein Zehntel der Bevölkerung rund 60 % des Gesamtvermögens. Infolge der Finanzkrise und der Hartz4-Reformen wird sich die Einkommensschere weiter öffnen, für viele Menschen ist eine Privatvorsorge finanziell gar nicht möglich.

Quelle: NachDenkSeiten am 04.08.2009; Nr. 1 unter Berufung auf FTD und Frankfurter Rundschau

Wussten Sie,

...dass der Rentenzuschuss von rund 80 Mrd. Euro in 2009 für „versicherungsfremde Leistungen“ wie Wiedervereinigungskosten oder die Anerkennung von Kindererziehungszeiten oder Wehrdienst gezahlt wird?

...dass das sinkende Lohnniveau politisch gefördert wird? Z.B. führen Subventionen für Mini- und Midijobs (pauschale Sozialbeiträge) zum Abbau sozialversicherungspflichtiger Arbeitsplätze. Es gibt immer mehr Jobs im Niedrig(st)lohnbereich. Dadurch werden Arbeitnehmer zu Hartz4-Aufstokern, senken den Maßstab für die Rentenbemessung und erhöhen ihre „Chance“ auf Altersarmut.

...dass der „idealen“ Alterspyramide die gleiche Sterberate in jedem Alter zugrunde liegt? Das bedeutet z.B.: hohe Kindersterblichkeit. Finden Sie das ideal?

...dass die steigende Produktivität von den „Wirtschaftsexperten“ regelmäßig unbeachtet bleibt?

...dass ein Niedrigverdiener mit einem Riester-Vertrag vor allem für die Entlastung der Sozialkassen spart? Die Riester-Rente wird bei der Bemessung der Grundsicherung im Alter voll angerechnet. Niedrigverdiener kommen besser, wenn sie nicht sparen!

...dass die „Bild“ mit der Allianz AG kooperiert? Die Allianz will Versicherungspolicen verkaufen, die Bild profitiert von Anzeigen: Denken Sie immer daran, wenn Sie den neuesten Schmähartikel gegen die Rente lesen!

...dass z.B. Westerwelle, Riester und Raffelshüschen hohe Honorare von der Finanzbranche bekommen und Prof. Rürup für den Finanzdienstleister AWD arbeitet?

...dass Sie noch viel mehr Hintergrundinformationen unter www.nachdenkseiten.de und in der Reportage der ARD „Rentenangst“ finden?

Die kritische überparteiliche Website • **HIER lesen Sie, was Sie NICHT wissen sollen**

zum Beispiel über die Privatisierung öffentlichen Eigentums

Wer hätte es zu Zeiten der alten Behördenbahn für möglich gehalten? Die Berliner S-Bahn, eine Tochter der Deutschen Bahn AG, ist außerstande, ihren Betrieb im Zentrum der Hauptstadt aufrechtzuerhalten.

Nur die Folge des Versagens einiger weniger S-Bahn-Manager?

Mitarbeiter und Kenner des Unternehmens sehen das anders: Die Deutsche Bahn fordert von der Berliner S-Bahn GmbH jährlich Millionensummen, um „börsentauglich“ zu werden. In diesem Jahr sollten es 87,7 Millionen Euro sein. (Zum Vergleich: Das Land Berlin subventioniert die S-Bahn mit rund 250 Millionen Euro Steuergeld pro Jahr.) Die Geschäftsführung der S-Bahn setzte daher auf rigorose Einsparungen, beispielsweise bei der **Wartung und Kontrolle** des eingesetzten Fahrzeugparks.

- *www.nachdenkseiten.de*, Hinweise des Tages am 9., 10., 15., 17. und am 23. Juli 2009 (die „Hinweise des Tages“ beruhen jeweils auf aktuellen Pressemeldungen.)

Welches Volk vertreten die Volksvertreter?

In Umfragen haben sich konstant **70 Prozent der Bevölkerung gegen den Börsengang der Bahn** ausgesprochen. Dennoch hielt die Große Koalition an diesem Ziel fest.

Bereits vor der Finanzkrise rechneten die Politiker mit einem Erlös von nur 6 bis 8 Milliarden Euro, obwohl sie die Infrastruktur der Bahn mit 126 Milliarden Euro bemessen! In den Bundestagsprotokollen findet sich Erstaunliches: So bittet ein Abgeordneter der Unionsfraktion darum, ihm die Frage zu beant-

worten, warum er diesem offensichtlich schlechten Geschäft zustimmen soll.

Mittlerweile ist der Börsengang der Bahn mit Hinweis auf die Finanzkrise verschoben worden. Es ist aber davon auszugehen, dass er auf der Vorhabenliste der nächsten Bundesregierung stehen wird.

- *Stenographischer Bericht des Deutschen Bundestages, zu finden auf www.nachdenkseiten.de am 11. Oktober 2007 und weitere Beiträge zum Thema z.B. am 17. Februar und am 14. Juli 2009.*

Sind die unangenehmen Folgen eine Überraschung?

Bereits in den 1930er Jahren warnten Ökonomen vor der Privatisierung bestimmter öffentlicher Dienstleistungen. Aktuelle **Warnsignale** aus der Praxis gibt es weltweit. Beispiel Schienenverkehr: Nach dem Niedergang der 1993 privatisierten neuseeländischen Bahn kaufte die dortige Regierung 2008 das Unternehmen zurück, weil nur so dringende Investitionen zu gewährleisten waren. Die Kosten für den Rückkauf betragen umgerechnet 336 Millionen Euro, dagegen hatten die Einnahmen durch den Verkauf nur bei 202 Millionen Euro gelegen.

Während **Großbritannien** noch schlimmere Erfahrungen mit einer privatisierten Eisenbahn erlebte und die Regierung zumindest das marode Schienennetz 2001 wieder verstaatlichte, bilden die zuverlässigen und kundenfreundlichen staatlichen **Schweizerischen Bundesbahnen** ein positives Gegenbeispiel.

- *www.nachdenkseiten.de* am 5. Mai 2008 und am 19. April 2007

Ist die Bahn ein schlimmer Ausnahmefall?

Auch in anderen privatisierten Unternehmen verschlechtert sich der Service. So hat die **Post** eine Reihe von Briefkästen abmontiert sowie Filialen geschlossen oder durch »Agenturen« in Einzelhandelsgeschäften ersetzt. Zunehmend werden Kunden auf unpersönliche Paketautomaten verwiesen.

Interessenten stehen überall Schlange, wo es um die Privatisierung der öffentlichen (meist kommunalen) Daseinsvorsorge geht: **Bildungseinrichtungen, Verkehr, Strom, Müll, Wasser, Krankenhäuser und Pflegeheime.** Die Kommunalpolitiker lassen sich mit schnellen Einnahmen überzeugen. Allerdings verlieren die Kommunen Einfluss auf das Angebot und die Preisgestaltung und müssen dennoch für Mängel und Folgekosten gerade stehen.

www.nachdenkseiten.de am 19. Juni 2008

Was kann man eigentlich nicht privatisieren?

Hätten Sie gewusst, was **Cross Border Leasing** ist? Hinter diesem Anglizismus verbirgt sich folgendes „Geschäft“: Eine Gemeinde verkauft ihr öffentliches Eigentum (z. B. Kläranlagen, Straßenbahnen, Rathäuser oder Messehallen) an einen ausländischen Geldgeber und mietet es anschließend zurück. In Deutschland geht es um Infrastruktur im Wert von 100 Milliarden Euro. **Statt der erhofften Gewinne haben die Kommunen mittlerweile Verluste angehäuft** und die Bürger müssen zum Beispiel durch höhere Wassergebühren oder Fahrpreise dafür aufkommen. Die Transaktionen laufen nicht nur unter einem englischen Oberbegriff, sondern die Verträge umfassen meist mehrere Hundert Seiten auf Wirtschaftsenglisch. Die Stadträte stimmen nicht nur einem ihnen unverständlichen Vertrag zu – in vielen Fällen wird ihnen der Einblick in die Geschäftsunterlagen sogar regelrecht verweigert!

Privatisierungen öffentlicher Einrichtungen und Unternehmen kann man besser verstehen, wenn man untersucht, **wer die Profiteure sind.** Verschwörungstheorien? Man kann auch umgekehrt fragen: Was haben eigentlich die Bürgerinnen und Bürger in Deutschland von einem weltweit operierenden Logistikkonzern Bahn oder von einem „global player“ Post oder von U-Bahn-Fahrzeugen im Besitz amerikanischer Finanzjongleure?

www.nachdenkseiten.de am 21. Juli 2009, am 5. Juli 2008, am 16. September 2008 und am 29. Oktober 2008

Wie geht es weiter?

Die aktuelle Wirtschafts- und Finanzkrise bringt die Überzeugung ins Wanken, dass unsere öffentlichen Güter bei Privatanlegern in guten Händen sind und der Markt besser funktioniert als staatliche oder kommunale Gremien. Einzelne Politiker haben sich öffentlich vom blinden Glauben an die Marktkräfte distanziert. **Taten, die den Worten folgen, stehen noch aus.**

www.nachdenkseiten.de am 29. Juni 2009

Sind wir Bürgerinnen und Bürger ohne Einfluss?

Bei der Vielzahl von Fällen mag es den Anschein haben. Es gibt aber auch Beispiele, wo Bürgerinnen und Bürger den Verantwortlichen der Privatisierungswelle die Grenzen gezeigt haben. **So verhinderten die Leipziger durch einen erfolgreichen Bürgerentscheid am 27. Januar 2008** den von der Stadt geplanten Verkauf von 49,9 Prozent der Stadtwerke an den Konzern Gaz de France/Suez. Ein Vorbild für die Einwohner anderer Städte und Landkreise?

www.nachdenkseiten.de am 28. Januar 2008

www.nachdenkseiten.de

Die kritische überparteiliche Website HIER lesen Sie, was Sie NICHT wissen sollen

PIMP YOUR WAHLKAMPF MOTZEN SIE IHREN WAHLKAMPF AUF!

Langeweile vor den Wahlen? Das muss nicht sein. Machen Sie sich ein paar schöne Stunden, interviewen Sie Ihre Kandidaten an den Wahlkampfständen. Informationen für die Formulierung von Fragen zu aktuellen Problemen finden Sie zum Beispiel hier www.nachdenkseiten.de

„Wer einen Sumpf trocken legen will, darf nicht die Frösche fragen“, sagt man so. Wissen Sie, dass von den Ministerien immer wieder „Frösche“ damit beauftragt werden, gleich die ganze Planung für die Trockenlegung zu übernehmen? Weiß Ihr Kandidat, dass Lobbyisten der Finanzwirtschaft an den Gesetzen mitarbeiten, mit Hilfe derer gerade die Finanzwirtschaft kontrolliert und reguliert werden soll? Und wenn er das weiß, was wird er dagegen unternehmen, wenn Sie ihm Ihre Stimme gegeben haben? Informationen zum Lobbyismus finden Sie zum Beispiel unter www.nachdenkseiten.de vom 29.05.09

„Wir versaufen unser Oma ihr klein Häuschen?“ Schon passiert. Wissen Sie, dass Altersarmut nicht durch eine demographische Katastrophe sondern durch falsche Politik entsteht? Die Informationen für passende Fragen an Ihren Kandidaten finden Sie zum Beispiel hier: www.nachdenkseiten.de vom 20.03.

Machen Sie sich ein paar interessante Stunden an den Wahlständen und beim Lesen der Nachdenkseiten. Man gönnt uns ja sonst nichts.

Die Leser der Nachdenkstein haben in Berlin mehrere Gesprächskreis ins Leben gerufen, in den alle Interessierten in einen Meinungs austausch treten können und parteiübergreifend diskutieren. Informieren Sie sich auf der Webseite www.nachdenkseiten.de über einen Gesprächskreis in Ihrer Nähe.